

Bahn und Land sanieren Bahnhöfe

INVESTITION

Die Deutsche Bahn (DB) und das Land haben eine Rahmenvereinbarung getroffen, in deren Folge rund 30 Bahnhöfe im Saarland modernisiert werden sollen. Wie die Bahn mitteilte, fließen dafür ab sofort bis ins Jahr 2030 167 Millionen Euro. Ziel sei es, mit attraktiveren Bahnhöfen mehr Menschen für die klimafreundliche Bahn zu gewinnen. „Der Zustand unserer Bahnhöfe ist immer auch ein Abbild für den allgemeinen Zustand der Bahn im Saarland. Da passt es, dass wir im Rahmen unserer ÖPNV-Offensive auch für eine umfassende Modernisierung der Bahnstationen sorgen“, erklärte die saarländische Verkehrsministerin Anke Rehlinger. Bahnreisende sollen dank des neuen Modernisierungsprogramms von ansprechenderen Bahnhöfen und stufenfreien Zugängen profitieren, teilte die DB weiter mit. Unter anderem werde der Bahnhof Rohrbach komplett barrierefrei umgebaut. Der Bahnhof Ottweiler bekomme einen neuen Bahnsteig mit moderner Ausstattung und nachhaltiger LED-Beleuchtung. Zudem installiere die Bahn dort zwei neue Aufzüge. Der Bahnhof St. Wendel erhalte neue Bahnsteige und Rampen für einen barrierefreien Zugang. Große Veränderungen werde es auch in Scheidt geben. Dort verlege die Deutsche Bahn die komplette Station unter anderem für kürzere Wege zur Universität. Sie werde in Höhe der Straße „Im Flürchen“ neu gebaut. Baustart ist hier voraussichtlich im Jahr 2028/29. **red**

Analyse zu Lohnentwicklung

AK-FAKTEN EINKOMMEN 2021

Die AK hat eine Analyse zur Einkommensentwicklung, AK-Fakten Einkommen 2021, veröffentlicht. Deren Ergebnisse zeigen, dass die geplante Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und die Stärkung von Tarifverträgen zwei wichtige Faktoren sind, die die Einkommen der Beschäftigten an der Saar stützen. Deutlich wird auch, dass die Einkommensverluste durch Corona bei den Beschäftigten in marktbestimmten Dienstleistungen wie dem Gastgewerbe nach wie vor hoch sind. Von der Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro könnten hierzulande bis zu 100.000 Beschäftigte profitieren. **red**

www.arbeitskammer.de/ak-fakten-einkommen2021



Die Zahl der Pflegebedürftigen im Saarland wird weiter steigen.

Aktualisierung des Landespflegeplans nötig

AK-FORDERUNG Schon jetzt fehlen viele Fachkräfte

Der aktuelle Pflegereport der Krankenkasse Barmer zeigt auf, dass bisherige Prognosen zur Zahl der Pflegebedürftigen zu niedrig angesetzt wurden. „Der Landespflegeplan muss deshalb dringend aktualisiert und vor allem auf den ambulanten Bereich ausgeweitet werden. Nur so steht eine gesicherte Datengrundlage zur Verfügung. Und nur damit kann die flächendeckende Versorgung in der ambulanten Pflege und die Versorgungsquote verbessert werden. Denn hier ist das Saarland im bundesweiten Vergleich Schlusslicht. Schon jetzt fehlen in der Altenpflege knapp 11.500 Fachkräfte“, sagt AK-Geschäftsführerin Beatrice Zeiger. Außerdem müssten die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung von

Pflegekräften verbessert werden, damit mehr Menschen in dem Beruf bleiben können oder ihn erlernen wollen. Durch die Pflegereformen von 2017 steigt die Zahl der Pflegebedürftigen sowohl im Bund als auch im Saarland stark an. Mit der steigenden Zahl der Pflegeberechtigten steigt jedoch nicht die Zahl der Pflegekräfte. Diese geht immer weiter zurück. „Das Saarland hat im Bundesländervergleich die schlechteste Versorgungsquote an ambulanten Pflegediensten. Im Bundesdurchschnitt kommen in diesem Bereich 20 Pflegekräfte auf 62 Pflegebedürftige, im Saarland ist das Verhältnis 20:80 (2019)“, erklärt Zeiger. Demnach ergebe sich, dass im Saarland bereits jetzt 11.500 Pflegekräfte benötigt würden. **red**

Saarbrücken will mehr Tempo-30-Zonen

MODELLVERSUCH Genehmigung steht noch aus

Die Stadt Saarbrücken will in einem Modellversuch in der Innenstadt flächendeckend Tempo 30 einführen. Wie die Stadt weiter mitteilte, soll Tempo 30 in 14 weiteren Hauptverkehrsstraßen gelten. So könne die Verkehrssicherheit erhöht, die Lärmbelastung gesenkt und die Aufenthaltsqualität gesteigert werden. Saarbrücken sei der Initiative „Lebenswerte Städte

durch angemessene Geschwindigkeiten“ beigetreten. Sie fordere den Bund auf, die Gesetzeslage so anzupassen, dass die Kommunen selbst Tempo 30-Zonen festlegen können. In einem Schreiben habe Oberbürgermeister Uwe Conradt Verkehrsministerin Anke Rehlinger darum gebeten, in der Landeshauptstadt einen solchen Modellversuch zu genehmigen. **red**